



Novellierung Bundesdatenschutzgesetz

Änderungen auf einen Blick

Kontaktdaten:



IT-RISIKO-
MANAGEMENT

Dr. Thomas Jurisch, Steffen Weber
Telefon: +49 (0)6103 350860
E-Mail: it-risikomanagement@intargia.com
Webseite: <http://www.intargia.com>

Die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes und ihre Folgen

Als Reaktion auf die Datenschutzverstöße der letzten Zeit (bekannt wurden u. a. die Vorfälle bei Lidl, der Deutschen Bahn oder der Telekom) hat die Bundesregierung am 10.12.2008 den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes und zur Regelung des Datenschutzaudits“ beschlossen. Der Beratung im Bundesrat am 13.02.2009 folgt das in Kraft treten der Novellierung am 01.09.2009 (Novelle II) und am 11.06.2010 (Novelle III).

Als Folge der überarbeiteten und neuen Regelungen kommen verschiedene neue Anforderungen auf Unternehmen zu. Es wird gegenüber der früheren Regelung ein signifikant achtsamerer Umgang mit Kunden-, Mitarbeiter- und Lieferantendaten gefordert.

Die wichtigsten Änderungen auf einen Blick

- Meldepflicht bei Datenschutzverletzungen (§ 42a des Entwurfs)
Sollten Dritte unbefugt Kenntnis von bestimmten personenbezogenen Daten natürlicher Personen (z. B. von Mitarbeitern, Kunden oder Lieferanten) erhalten, werden Unternehmen zur unaufgeforderten Information der zuständigen Aufsichtsbehörde sowie ihrer Kunden gezwungen. Zu den Daten gehören
 - Daten zu Bank- und Kreditkartenkonten
 - Bestands-, Nutzungs- und Verkehrsdaten nach Telemedien- und Telekommunikationsgesetz (hierzu zählen alle von Telekommunikations- und Internetserviceanbietern gespeicherte Daten – also auch Daten, die von Unternehmen, die kein ausdrückliches Verbot der Privatnutzung von Internet und E-Mail ausgesprochen haben)
 - Daten, welche unter den Schutz eines Berufsgeheimnisses, z. B. von Ärzten oder Anwälten fallen.Prinzipiell wird diese Regelung somit für den Hauptanteil der Unternehmen in Deutschland gelten. Vorbild sind die in den USA gesetzlich verankerten ‘Security Breach Notifications’ und ein Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission.
- Erschwerung des sogenannten ‘Listenprivilegs’ zur Werbenutzung von Daten (Überarbeiteter §28 des Entwurfs)
Natürliche Personen sollen künftig bessere Kontrollmöglichkeiten darüber erhalten, ob und an wen ihre personenbezogene Daten zu Werbezwecken weitergegeben werden. Ursprünglich sollte es in der Neufassung nur noch bei ausdrücklicher Zustimmung möglich sein, ein Eintrag in den AGB sollte nicht mehr ausreichen. Aufgrund von Lobbyarbeit der werbungstreibenden Industrie wurde dieser Vorschlag letztenendes jedoch nur in abgeschwächter Form in die Novelle aufgenommen: Das Listenprivileg für Werbezwecke gibt es in §28 Abs. 3 Sätze 2ff. BDSG neue Fassung in strengerer Form nach wie vor. Jedoch sind Voraussetzungen und Ein-

schränkungen so kompliziert geraten, dass im Einzelfall des jeweiligen Unternehmens die Sachlage evaluiert werden muss.

- Erweiterung der Bußgeldtatbestände inklusive der Gewinnabschöpfung (Überarbeiteter §43 des Entwurfs)

Im Rahmen der Anhebung des Bußgeldrahmens sollen Unternehmen künftig bei Datenschutzverletzungen zwischen 50.000 und 300.000 (bisher 25.000 bis 250.000) zahlen müssen. Wie das Beispiel Lidl gezeigt hat, sind die Aufsichtsbehörden in der Lage und willens, mehrere juristische Personen eines Unternehmensverbundes jeweils einzeln mit Bußgeldern zu belegen. Sollte darüberhinaus ein wirtschaftlicher Vorteil aus den Verletzungen entstehen, kann das Unternehmen einer Gewinnabschöpfung unterzogen werden.

- Möglichkeit zur Durchführung eines Datenschutzaudits inklusive Qualitätssiegel (Überarbeiteter §9a des Entwurfs)

Unternehmen sollen unter bestimmten Voraussetzungen ein behördliches Datenschutzqualitätssiegel für das eigene Datenschutzkonzept beantragen können. Dazu wird ein Datenschutzaudit durchgeführt und die Ergebnisse daraus bei der Aufsichtsbehörde eingereicht. Dieses freiwillige Audit hat für Unternehmen vor allem aus Werbe- und Imageaspekten durchaus eine hohe Relevanz.

- Allgemeines Kopplungsverbot

Natürliche Personen darf der Vertragsschluss nicht durch eine Verneinung der Frage, ob die personenbezogenen Daten für Werbezwecke verwendet werden dürfen, verweigert werden.

- Ergänzung von Verträgen bei Auftragsdatenverarbeitung (§11 BDSG)

Auch bisher mussten Unternehmen, wenn sie Dritte mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten beauftragen, die Einhaltung des BDSG und entsprechender organisatorischer und technischer Maßnahmen gewährleisten. Dieser Regelung wurde dahingehend erweitert, dass im Rahmen der Vertragsschließung nun eine Reihe an Punkten wie Gegenstand und Dauer des Auftrags, Kontrollrechte des Auftraggebers etc. schriftlich vereinbart werden muss.

Fazit

Die Datenschutzskandale in der vergangenen Zeit haben deutlich gemacht, dass aus Fahrlässigkeit, Unwissenheit oder bewusst herbeigeführten Datenschutzverletzungen weit mehr als finanzielle Schäden für Unternehmen entstehen können. Die geplanten neuen Vorgaben durch die Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes erhöhen den

Druck auf Unternehmen, ein effektives Datenschutzmanagement einzuführen noch einmal deutlich und sollten von Unternehmen sehr ernst genommen werden.

Quellen:

- BDSG Kabinettsentwurf vom 10.12.2008
- Bundesdatenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.01.2003 (BGBl. I. S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 15 Abs. 53 des Gesetzes vom 05.02.2009 (BGBl. I S. 160) ff.
- Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Datenschutzaudits und zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften vom 02.01.2009.
- Stellungnahme zum Regierungsentwurf durch Prof. Gola, Sachverständiger im Innenausschuss des Bundestage